

### Herausgeber

#### Deutscher Städte- und Gemeindebund

Dr. Gerd Landsberg  
Marienstraße 6  
12207 Berlin

Telefon 030 77307-0

✉ [dstgb@dstgb.de](mailto:dstgb@dstgb.de)

📘 [facebook.com/dstgb](https://www.facebook.com/dstgb)

🐦 [twitter.com/Gemeindebund](https://twitter.com/Gemeindebund)

📷 [instagram.com/gemeindebund](https://www.instagram.com/gemeindebund)

### Der DStGB: Eine starke Stimme

*Der Deutsche Städte- und Gemeindebund vertritt die Interessen der deutschen Städte und Gemeinden. Auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene gibt er Kommunen eine starke Stimme und greift die Themen auf, die Bürger:innen vor Ort bewegen.*

*Durch seine 17 Mitgliedsverbände sind 11 000 große, mittlere und kleinere Kommunen organisiert und vernetzt. Die Verbandsarbeit erfolgt parteiunabhängig und ohne staatliche Zuschüsse. Die Besetzung der Organe orientiert sich an dem Votum der Wähler bei den Kommunalwahlen.*

*Der DStGB ist »Kommunales Informationsnetzwerk« und sensibilisiert und mobilisiert Politik und Öffentlichkeit für kommunalpolitische Interessen.*

*Er fungiert als »Kommunale Koordinierungsstelle« für den permanenten Erfahrungs- und Informationsaustausch unter den Mitgliedsverbänden. Nicht zuletzt ist der Verband »Kommunales Vertretungsorgan« durch Repräsentation in zentralen Organisationen.*

### Gasversorgung in Herbst und Winter

## Energiesparmaßnahmen für Bürgerschaft, Wirtschaft & Kommunen

**Die Gasversorgung in Deutschland ist gefährdet. Kürzungen der Gasversorgung durch Russland zeigen einmal mehr, dass Energie als politisches Druckmittel genutzt wird. Deutschland hat zwar seine Gasabhängigkeit schon reduziert und erhöht seine Anstrengungen, zum Beispiel durch die geplanten Flüssiggasterminals. Trotzdem ist eine echte Unabhängigkeit auch vom russischen Gas noch nicht in Sicht. Dabei wird häufig übersehen, dass nicht nur viele Heizungen in privaten und öffentlichen Gebäuden in Deutschland auf Gas angewiesen sind, sondern dass unsere Wirtschaft – insbesondere die chemische Industrie – ohne Gas nicht produzieren kann. Die Kommunen, ihre Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft sitzen in einem Boot. Nur mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung, unter anderem mithilfe von Initiativen wie der des Wirtschaftsministeriums, die auch vom DStGB unterstützt wird, (energiwechsel.de), werden die Folgen der Energiemangellage abgefedert werden können.**

Ohne russisches Gas können wir die Speicher (aktuell zu 63,5 Prozent gefüllt) nicht voll machen. Das Ziel, einen Füllstand von 90 Prozent im Herbst zu haben, werden wir wahrscheinlich nicht erreichen. Hinzu kommt die dramatische Preisentwicklung. Die Preise steigen immer weiter. Bisher dürfen die Gasversorger – also auch die Stadtwerke – die gestiegenen Preise nicht

ohne Weiteres weitergeben. Das ist für die Menschen gut, für die Gasversorgung schlecht.

Die Gasversorgung in Deutschland wird im Wege der Verteilung auch maßgeblich von Uniper organisiert. Das Unternehmen ist ein wichtiger Lieferant für die Stadtwerke. Ein sogenannter „Lehman-Effekt“ muss auf jeden Fall vermieden werden, sonst bricht die Gasversorgung in Deutschland zusammen. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass der Staat das Unternehmen stützt oder direkt bei ihm einsteigt.

Letztlich wird auch kein Weg daran vorbeiführen, die Verbraucher an den hohen Preisen zu beteiligen. Es kann nicht sein, dass die Preise an den Weltmärkten teilweise um das Zehnfache steigen, das aber nicht auch wenigstens anteilig an die Endkunden weitergegeben wird.

Der Ansatz der Bundesregierung, über eine gleichmäßige Umlage aller Kunden eine Beteiligung zu ermöglichen, ist der richtige Ansatz.

Wir gehen schwersten Zeiten entgegen. Ein Ende ist nicht absehbar. Die Politik ist gefordert, die Menschen auf die entsprechenden Einschränkungen vorzubereiten. Gleichzeitig ist es unverzichtbar, schon jetzt zu überlegen, wie man kleine und mittlere Einkommen entlasten kann, um den sozialen Sprengstoff zu reduzieren.

## Rolle der Städte und Gemeinden

Bei der Energie- und Gasversorgung sind die Kommunen in mehrfacher Hinsicht betroffen. Städte und Gemeinden sind selber Großverbraucher, als eine der größten Immobilienbesitzer, zum Beispiel mit Schulen, Kindergärten, Schwimmbädern, Sporthallen, Verwaltungsgebäuden, Krankenhäusern und Pflegeheimen.

Gleichzeitig sind die Kommunen gefordert, schon jetzt Energiesparkonzepte zu entwickeln und dies den Bürgern zu kommunizieren, die auch ihren Anteil leisten müssen. Alles Gas, was wir jetzt schon einsparen, hilft im Herbst und Winter.

## Energiesparkonzepte vor Ort etablieren

Es gibt keinen einheitlichen Masterplan für alle Städte und Gemeinden, da die örtlichen Gegebenheiten völlig unterschiedlich sind. Als erster Schritt sollte jede Kommune eine Analyse durchführen, wo wie welche Energien verbraucht werden und wo die Einsparpotenziale liegen. Dazu kann die Absenkung der Temperaturen in Schwimmbädern und Sporteinrichtungen ebenso gehören, wie die Reduzierung der Raumtemperaturen in Verwaltungsgebäuden und auch die Absprache mit den kommunalen Wohnungsbauunternehmen, wie man auch in diesem Bereich Einsparpotenziale mobilisieren kann. Oftmals sind es eher einfache Maßnahmen, wie etwa die technische Überprüfung der Heizungsanlagen. Konzepte müssen zielgenau auf die örtlichen Gegebenheiten abgestimmt

werden. So macht es keinen Sinn, etwa ein Bad zu schließen, wenn die Erwärmung über die Abwärme eines Industrieunternehmens oder durch Solaranlagen erfolgt.

Ein wichtiger Baustein ist sicherlich die Absenkung der Temperatur in Verwaltungsgebäuden und anderen Einrichtungen. Auch der Verzicht auf Warmwasseraufbereitung in Verwaltungsgebäuden kann einen Effekt bringen.

## Rechtliche Voraussetzungen schaffen

Ein Grad weniger Temperatur spart bis zu sechs Prozent Energie. Allerdings ist der Bund gefordert, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, dass Temperaturabsenkungen möglich sind. Die bisher von der Rechtsprechung formulierten Vorgaben, wonach ein Vermieter verpflichtet ist, 24 Stunden am Tag Temperaturen von 20 bis 22 Grad zu gewährleisten, wenn er Mietminderungen verhindern will, sollten geändert werden.

In den kommunalen Energiesparkonzepten müssen auch Prioritätslisten aufgenommen werden, wo Einsparpotenziale möglich sind (neben Temperaturabsenkungen etwa ggf. auch Straßenbeleuchtungen und Ampelanlagen) und wo man auf sie verzichten muss (zum Beispiel Krankenhäuser, Pflegeheime).

## Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern

Unverzichtbar ist eine entsprechende Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern, denn jeder einzelne kann

und muss einen Beitrag leisten. Die von der Bundesregierung gemeinsam mit den Kommunen auf den Weg gebrachten Einsparkampagnen müssen vor Ort kommuniziert und diskutiert werden. Vor allem Politik und auch Wirtschaft werden für Verständnis werben müssen, dass energieintensive Maßnahmen und Einrichtungen reduziert werden, Projekte sich in der Folge des Energiemangels und aufgrund gestörter Lieferketten verzögern können, dem Ausbau der Erneuerbaren Energien Vorrang eingeräumt wird sowie mit Preissteigerungen im Energiebereich zu rechnen ist.

## Mehr alternative Energien in Kommunen

Seit Jahren setzen die Kommunen auf alternative Energien und werden Ausbau auch weiter vorantreiben. Kurzfristige zusätzliche Erfolge bis zum Herbst sind aber kaum realisierbar. Es fehlt das Material und die Fachkräfte und auch die Preise in diesem Bereich steigen ständig weiter.

Nicht zuletzt ist natürlich auch die Wirtschaft gefordert, Einsparpotenziale in den Produktionsprozessen zu realisieren. Durch Herbst und Winter kommen wir nur, wenn es gelingt, die Solidarität der Menschen, der Wirtschaft, aber auch von Bund, Ländern und Kommunen zu realisieren. In der Gasversorgungskrise wird sich letztlich zeigen, wie resilient unsere Gesellschaft und damit auch die Demokratie ist.

Berlin, 12. Juli 2022



**DSTGB**  
Deutscher Städte- und Gemeindebund

### Mitgliedsverbände

Bayerischer Gemeindetag | Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz | Gemeinde- und Städtebund Thüringen Gemeindetag Baden-Württemberg | Hessischer Städte- und Gemeindebund | Hessischer Städtetag | Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund Niedersächsischer Städtetag | Saarländischer Städte- und Gemeindetag | Sächsischer Städte- und Gemeindetag | Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag | Städte- und Gemeindebund Brandenburg Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt | Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern | Städteverband Schleswig-Holstein | Städtetag Rheinland-Pfalz